



Vorlage KuSA_33/2012
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und Schulausschusses
am 23.11.2012

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

**Landkreis Ludwigsburg
Kooperation der Volkshochschule im Landkreis Ludwigsburg
Information über den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe "Prüfung von Optionen zur
Zusammenarbeit (Fusion / Zweckverband) der Volkshochschulen Kreis Ludwigsburg,
Stadt Ludwigsburg und Korntal-Münchingen e. V."**

Die Gemeinderäte der Stadt Ludwigsburg und der Stadt Korntal-Münchingen haben ihre Verwaltungen bzw. die Volkshochschulen beauftragt, die Möglichkeiten einer gemeinsamen Volkshochschule für den Kreis Ludwigsburg entweder in alleiniger Trägerschaft des Landkreises oder in der Trägerschaft eines Zweckverbandes zu prüfen.

Die Ergebnisse sollten so aufbereitet werden, dass sie in die Gremien der beteiligten Partner zur Beratung und ggf. Beschlussfassung eingebracht werden können.

Es wurde deshalb eine Arbeitsgruppe gebildet, die im Zeitraum Januar bis Juli 2012 insgesamt acht Mal getagt und ein **gemeinsames Beratungsergebnis** erzielt hat. Die in einem vertraulichen Zwischenbericht zusammengefassten Aussagen werden von allen Beteiligten mitgetragen. Die Stadt und die Volkshochschule Gerlingen waren als Beobachter in der Arbeitsgruppe vertreten.

Auszüge aus dem vertraulichen Bericht:

Auftrag und Arbeitsgruppe

Präzisierung des Auftrags: „Gibt es ein vernünftiges Organisationsmodell, in dem die Qualität der bisherigen Arbeit mindestens beibehalten wird, aber unter möglichen Synergien (finanziellen Einsparungen).“

Ergebnisse – die Chancen

Das bestehende Programmprofil ist zukunftsfähig. Mit einer Fusion bieten sich Optimierungsmöglichkeiten und (für die beiden kleineren Volkshochschulen) die Chance, bereits erkennbare Zukunftsaufgaben besser bewältigen zu können.

Es wird davon ausgegangen, dass das vorhandene Personal 1:1 übernommen wird.

Mit einer Strukturveränderung sind mittelfristig Synergie- und Optimierungseffekte zu erwarten. Mit einem Zusammenschluss entstünde eine der größten Volkshochschulen Baden-Württembergs. Das würde auch eine angemessene Organisationsstruktur erfordern – u.a. auch, um den künftigen Anforderungen gerecht werden zu können.

Ergebnisse – die Finanzen

Die Strukturen der Volkshochschulen sind vergleichbar. Die wenigen Unterschiede sind auf (politisch oder historisch bedingte) Besonderheiten zurückzuführen.

Die unmittelbaren finanziellen Vorteile einer Zusammenlegung sind gering. Einsparpotenziale sind allenfalls in der Verwaltung möglich (in den Bereichen EDV, Rechnungswesen, Internetpräsenz und Anmeldesekretariate).

Bei einer Zusammenlegung würden die drei Städte Ludwigsburg, Gerlingen und Korntal-Münchingen echte Einsparungen erzielen können, während alle anderen Kreisgemeinden mit höheren Belastungen rechnen müssten, weil der notwendige Zuschuss für eine gemeinsame, kreisweite VHS über eine Erhöhung der Kreisumlage dort zu Mehrkosten führen würde.

Ergebnisse – die Rechtsform

Die Arbeitsgruppe hat eine erste Einschätzung der beiden möglichen Rechtsformen einer gemeinsamen Volkshochschule vorgenommen:

Insgesamt ist aus Sicht der Arbeitsgruppe eine Zweckverbandsträgerschaft als etwas günstiger einzuschätzen als eine Fusion unter dem Dach des Landkreises. Kostenvorteile für eine der beiden Lösungen sind derzeit nicht erkennbar.

Ergebnisse – politische Entscheidungen

Im Wesentlichen sind es drei Fragen, die zu entscheiden sind:

1. Ist die Zusammenlegung und die damit verbundene „Zukunftsoption“ politisch gewollt?
2. Soll die Zusammenlegung in Form der Integration ins Landratsamt bzw. als Zweckverband erfolgen?
3. Wie viel bringen die Städte in einen Zweckverband ein und wie viele Stimmen bekommen sie dafür?

Aus Sicht der Verwaltung gibt es drei grundsätzlich mögliche Varianten einer Kooperation:

1. Übernahme der Volkshochschule durch den Landkreis, wenn die Volkshochschule durch die jeweilige Stadt aufgegeben werden sollte. Der bisherige Zuschuss würde dann entfallen.
2. Gründung eines Zweckverbands mit 1- 3 Städten der bisherigen Volkshochschulen mit Vorsitzendem, Versammlung sowie Sitz und Stimme. Kostenanteil entsprechend Sitz und Stimmenanteil.
3. Es bleibt alles wie es ist.

In einem weiteren Schritt sollen nun in der Arbeitsgruppe die Rahmenbedingungen eines Zweckverbands definiert werden (Finanzierungsanteile, Wirtschaftsplan, Geschäftsstellen, Prozess der Abstimmung des Programmes wegen der Qualität des Bildungsangebots, Mitspracherecht bei Programmgestaltung, Organisation zentraler Dienstleistungen wie Buchhaltung etc., Satzung).

Die beteiligten Städte werden ihre Gremien über den Zwischenstand informieren:

Ludwigsburg

wird dem Gemeinderat vorschlagen, den Ansatz „Zweckverband“ weiter zu verfolgen:
Die Stadt wird den Gremien empfehlen, den 2. Schritt zu gehen.

Korntal-Münchingen

Die Stadt hat den Wunsch, das Zweckverbandsmodell weiter zu untersuchen und wird das den Gremien empfehlen.

Gerlingen

Gerlingen hat keinen Prüfungsauftrag des Gemeinderats. Gerlingen ist derzeit weder fusions- noch zweckverbands-willig. Die Verwaltung wird den Gemeinderat über die geplanten Veränderungen informieren.

Beschlussvorschlag:

Der Kultur- und Schulausschuss ist mit der weiteren Untersuchung des Zweckverbandsmodells im Rahmen der bestehenden Arbeitsgruppe einverstanden.